



LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Haushalts- und
Finanzausschuss

Ausschuss-Sekretariat

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An die
Mitglieder des Haushalts-
und Finanzausschusses

im Hause

Telefon: (0211) 884 - 0
Durchwahl: 2336

Auskunft erteilt: Silvia Winands

e-mail: silvia.winands@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen: I.1

Düsseldorf, 16. Februar 2005

Antrag der Fraktion der CDU zum Nachtragshaushaltsgesetz 2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

die **Fraktion der CDU** hat mir einen Antrag zum Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2005 zugeleitet, der in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 17. Februar 2005 gestellt werden soll.

Diesen Antrag - zur Unterscheidung auf blauem Papier gedruckt - übersende ich Ihnen hiermit.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Winands
(Ausschussassistentin)



**Änderungsanträge der Fraktionen zu Einzelplan 20
im Ausschuss für Haushalt und Finanzen
zum Haushaltsgesetz 2005**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis												
1	CDU	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 531 00 960 Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze der Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;">2005</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>von</td> <td>3.880 000 Euro</td> <td>von</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>836 000 Euro</td> <td>um</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.044.000 Euro</td> <td>auf</td> <td>Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mehrausgaben für die Einstellung von 210 zusätzlichen Anwärtern im Einzelplan 12 und die daraus folgenden Mehrbelastungen des Haushaltes dürfen nicht durch Minderausgaben bei erforderlichen Einstellungen von Personal im Bereich von Oberfinanzdirektionen und Finanzämtern gedeckt werden. Es ist sinnvoll, den hier betroffenen Verstärkungstitel entsprechend zu reduzieren. Dies ist eine mit Blick auf die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung sinnvollere Vorgehensweise.</p>	von	3.880 000 Euro	von	Euro	um	836 000 Euro	um	Euro	auf	3.044.000 Euro	auf	Euro	SPD CDU FDP GRÜNE
von	3.880 000 Euro	von	Euro												
um	836 000 Euro	um	Euro												
auf	3.044.000 Euro	auf	Euro												